

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden**

**Sebastian Zinke, MdL**

zu TOP Nr. 43

Abschließende Beratung

**Einsatz künstlicher Intelligenz zur Suizidprävention  
und Verbesserung der Sicherheit in  
niedersächsischen Justizvollzugsanstalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU -Drs.  
18/8729

während der Plenarsitzung vom 10.06.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man den Antrag liest, dann stellt man fest: Wir wollen mit diesem Antrag nicht die künstliche Intelligenz einführen, sondern wir wollen die Landesregierung mit diesem Antrag auffordern, sich für den Fall bereitzumachen, dass wir eine gesetzliche Grundlage schaffen. Das Justizvollzugsgesetz ist ja derzeit in der Beratung. Da werden wir das, was Sie hier zu Recht fordern, erledigen, und zwar im dafür zuständigen Unterausschuss.

Ich darf diesem Unterausschuss in dieser Wahlperiode vorsitzen. Das ist eine große Ehre für jemanden, der diesem Hohen Haus das erste Mal angehört. Zu Beginn der Wahlperiode, als wir mit unserer Arbeit angefangen und gelernt haben, wie Justizvollzugsanstalten von innen aussehen und dass wir durch das Justizministerium über alle besonderen Vorkommnisse jederzeit informiert werden, hatten wir eine ungewöhnliche Häufung von Suiziden in unserem Justizvollzug.

Ein Fall ist mir sehr stark in Erinnerung. Ich kann das sagen, weil öffentlich darüber berichtet worden ist. Da hat sich ein Gefangener suizidiert, obwohl er in einer Justizvollzugsanstalt in einem kameraüberwachten Haftraum untergebracht war. Wir haben uns gefragt: Was kann man eigentlich machen - man den Menschen ja nicht hinter die Stirn gucken -, um die Menschen, die dieses Land in Obhut hat - und das ist ja bei Gefangenen so -, zu schützen, vielleicht manchmal auch vor sich selbst zu schützen?

Dann haben wir natürlich überlegt: Geht das mit menschlicher Kompetenz? - Es ist so, dass wir die Psychologinnen und Psychologen, die in den Justizvollzugsanstalten tätig sind, unterstützen müssen, dass wir darauf achten müssen, dass das attraktive Arbeitsplätze sind, sodass diese Stellen besetzt werden können.

Das, was wir jetzt hier vorschlagen, der Weg, den wir einschlagen, ist tatsächlich eine unterstützende Maßnahme, mit der wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges unterstützen - nicht ersetzen, sondern in ihrer Arbeit unterstützen - und in der wir für Sicherheit bei den Gefangenen sorgen.

Es ist eine schöne Überschrift. Wir wollen den Fortschritt nutzen, um für Sicherheit und für Entlastung bei den Bediensteten zu sorgen. Wir gehen diesen Weg mit der CDU gemeinsam. Ich hoffe, dass wir im Rahmen der Gesetzesberatung vielleicht auch wieder zueinanderkommen werden, Herr Kollege Bajus.

Herzlichen Dank.